



Armin Hentschel

Mythos soziale Mischung

Politische Antworten auf städtische Armut

Zum Jahresbeginn 2023 gab es in Berlin Übergriffe von jungen Erwachsenen auf Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei, die ein erregtes politisches und mediales Echo auslösten. In Stellungnahmen, die im Brustton sozialwissenschaftlicher Erklärung vorgebracht wurden, hieß es unter anderem: Viele der jungen Straftäter würden in Großwohnsiedlungen in den Randbezirken leben. Dort könne aufgrund der sozialen Zusammensetzung der Bewohner Integration nicht gelingen. Auf dem Fuße folgten aus Verbänden und Parteien Forderungen nach einer besseren sozialen Mischung. Das Kompetenzzentrum Großsiedlungen, eine unternehmensnahe Gründung der landeseigenen Wohnungsunternehmen, trat für eine Herabsetzung der Wiedervermietungsquote an die untersten Einkommensgruppen ein, um eine bessere soziale Mischung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Ereignisse rund um den Jahreswechsel warfen ihren Schatten bis hinein in die schwarz-rote Koalitionsvereinbarung. Das Leitbild der sozialen Mischung wird hier aus der tagespolitischen Auseinandersetzung herausgenommen und im sozialwissenschaftlichen Kontext überprüft. Gefragt wird, ob es sich um ein taugliches Leitbild der städtischen Planung handelt und ob es funktionieren kann. Die Antwort, das sei vorab verraten, lautet: „Nein.“

Wahlverwandtschaften und soziale Mischung

Auch wenn das wissenschaftliche Ethos der Humanwissenschaften Objektivität und Wertneutralität fordert, enthalten sozialwissenschaftliche Arbeiten viel häufiger Aussagen über das, was sein sollte, als realitätsgerechte Beschreibungen des Ist-Zustands. Meist geschieht das, ohne dass es den Autoren bewusst ist. In der politiknahen Forschung kann man dieses unbewusste Hinübergleiten auf die normative Ebene besonders oft beobachten. Der Umgang mit dem Thema soziale Mischung ist dafür ein herausragendes Beispiel. Stellen wir uns einmal naiv und „nehmen die Worte beim Wort“. Im idealen Modellfall wäre ein Haus oder ein Stadtteil dann optimal sozial gemischt, wenn alle Einkommens-, Bildungs-, Alters- und ethnische Gruppen, die es in der Stadt gibt, dort auf engem Raum so häufig wohnen, wie es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Wie realistisch ist es, dass eine solche Bevölkerungsmischung entsteht, und würde sie gut funktionieren? Der Volksmund, das darf man vorwegnehmen, behauptet mit dem Satz „Gleich und gleich gesellt sich gern!“ das Gegenteil. Menschen suchen die Nähe von ihresgleichen, von Menschen, die – wie Goethe es formuliert hat – wahlverwandt sind und stammverwandte Seelen haben. Sie fühlen sich wohl in einer vertrauten Umgebung und unwohl in der Fremde. Das Volksvorurteil und die Dichtung, auch wenn sie oft näher an der sozialen Wirklichkeit sind als Theorie und Politik, können irren und müssen deshalb überprüft werden.

Die sozialwissenschaftlichen Befunde ändern das Bild nicht: Die am stärksten segregierten, sprich einkommens-, bildungs- und statusmäßig homogensten Gebiete sind stets und überall die Wohngebiete der **städtischen Oberklassen**. Berlin als Stadt, die schon Mitte des 20. Jahrhunderts

nicht nur den größten Mietskasernenanteil, sondern auch den größten Villengürtel hatte, ist dafür nur ein Beispiel. Anderswo ist es nicht anders. Der Main-Taunus-Kreis rund um die Finanzmetropole Frankfurt am Main beherbergt das größte Geld in der weiteren Metropolregion. In anderen westeuropäischen und angloamerikanischen Städten sieht es ähnlich aus. Wenn die Mitglieder der städtischen Oberklassen eng beieinander wohnen, fehlen sie an anderer Stelle. Sie stehen als Teil der innerstädtischen Wunschmixtur nicht zur Verfügung. Für die Wohlhabenden kommen innerstädtische Wohnungen allenfalls als temporär genutzte Zweitwohnungsdomizile in Frage. Hat es jemals eine kritische Debatte über eine zu starke Konzentration der Bessergestellten am Stadtrand gegeben?

Wir lassen die rhetorische Frage so stehen und gehen zum anderen Pol des sozialen Raums über: Die „urban poor“ – die **städtischen Armen** – leben ebenfalls häufig in sozial homogenen Quartieren. Nahezu alle Diskussionen über soziale Mischung, das ist meine These, werden von der Angst vor den Folgen einer zu starken räumlichen Konzentration der städtischen Armut getragen. Die Angst vor den Armen und nicht die fehlenden Reichen bestimmen die Debatte über Stadtteile, die man landläufig als soziale Brennpunkte bezeichnet. Einkommensarmut ist allerdings nur ein Aspekt der Angst vor den Nichtintegrierten. Als Ergebnis von Migrationsprozessen und der Sogwirkung der reichen Regionen¹ gehören zu den „städtischen Armen“ in Westeuropa überproportional viele Menschen, die aus Ländern mit einer Muttersprache stammen, die in der neuen Heimat nicht gesprochen wird. Sie sind aus ärmeren – zumeist ländlichen – Regionen und Staaten zugewandert.

1 ... auf den ich hier nur am Rande eingehen kann.



Neben der Sprache „verraten“ ihre Bekleidungsgewohnheiten, Hautfarbe und Aussehen oft die Zugehörigkeit zu fremden Herkunftskulturen. Das ist wichtig, denn auch die an Fremdheit gewöhnten Städter halten sich zunächst an das Sichtbare. Die Menschen, denen sie begegnen, werden rasch und zumeist unbewusst in das innere Museum der erlernten Symbole und Bedeutungen eingeordnet. Die Einordnung mag auf falschen Vorannahmen beruhen oder nicht. Der dunkelhäutige Taxifahrer wird öfter nach seiner Herkunft gefragt als der hellhäutige Chauffeur. Wir nehmen Habitusfremdheit ebenso schnell und instinktiv wahr wie Habitusgemeinschaft. Das sichtbare und gemeinsame Auftreten von Armut in Verbindung mit Habitusfremdheit bestimmt die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die stadtpolitischen Debatten. Nur in einem selbstreflexiven Kraftakt kann man die unwillkürliche Reaktion darauf zurückdrängen. Das „Fremde“, wenn es unausweichlich alltagsnah wird, bereitet uns Unbehagen. Es ist nicht sinnvoll, dieser Reaktion vor-schnell das Etikett Rassismus aufzukleben.

Nach Behandlung der sozialen Pole von Armut und Reichtum drängt sich die Frage nach den Mittelklassen auf. Sie sind die Machtbasis der großen Volksparteien, und der oft zwanghafte Kampf um die soziale Mitte bestimmt in parlamentarischen Demokratien die Mehrheitsbildung. Die Annahme, dass eine breite soziale Mischung der entscheidende Garant für gelungene Integration ist, stellt den Kern des Leitbilds soziale Mischung dar. Die Idee der nivellierten Mittelschichtsgesellschaft lieferte in Westdeutschland über einen langen Zeitraum die Vorlagen für städtebauliche und wohnungspolitische Leitbilder. Das war der Hauptgrund dafür, dass sie gescheitert sind und scheitern mussten. Diese These strukturiert die folgenden Ausführungen und wird am Schluss wieder aufgegriffen.

Die Parteien, die Wortführerinnen der Mitte sein wollen, müssen die Abstiegsängste der unteren Fraktionen der Mittelklasse ernst nehmen. Zu ihnen gehören viele relativ bildungsferne Gruppen mit einfachem oder mittlerem Schulabschluss, Handwerker, Fach- und Hilfsarbeiter in weniger gut bezahlten Jobs. Es sind Menschen, die sich durch sozial absinkende Nachbarschaften besonders bedroht fühlen. Rentner und Rentnerinnen mit kleinen Renten, die eine ähnliche berufliche und Bildungsvorgeschichte haben, gehören ebenfalls dazu. Sie müssen (!) am Arbeits- wie am Wohnungsmarkt und als Empfänger staatlicher Transferleistungen mit den noch schlechter gestellten Menschen konkurrieren. In den bildungsstärkeren mittleren Einkommensgruppen am oberen Rand sind diese Abstiegsängste deutlich weniger ausgeprägt. Ihre sozialen Aufstiegsaspirationen hängen sehr viel stärker davon ab, ob die Institutionen des Sozialstaats, die ihre Hauptbeschäftigungsfelder sind, erhalten bleiben, vielleicht sogar ausgebaut und gut bezahlt werden. Mit anderen Worten: Ihr eigenes Prestige ist eng mit der Existenz des Sozialstaats verbunden (Raphael 1998, S. 231).

Die zuletzt genannten städtischen Mittelklassefraktionen waren es vor allem, die den sozial orientierten Städtebau und die Vision einer gut integrierten Mittelstandsgesellschaft getragen haben. Wie ich zeigen will, gilt das nicht nur für Westdeutschland, sondern ebenso für die USA und andere westeuropäische Länder. Zwischen den beiden Polen der Mittelklassen liegt wiederum ein breites Spektrum an ökonomisch, mit Bildungskapital und kulturellem Kapital unterschiedlich ausgestatteten Milieus.² Gemeinsam war und ist allen Fraktionen der städtischen Mittelklasse die Sympathie für ein Leitbild, das ein harmonisches Zusammenleben in der Großstadt deklariert. Die einen wollen vor den Übergriffen der bedrohlichen Armutsmilieus geschützt werden, die anderen propagieren aus der sicheren sozialen Distanz die charmante Idee der kulturellen Vielfalt. Das Planungsideal ist das eine, aber im Kern und in der politischen Praxis geht es um etwas anderes. Städtische Armut soll sich nicht ungefiltert in miserable Wohnverhältnisse übersetzen können und damit stadtbildprägend werden. Denn das Sichtbare macht Angst.

Sichtbare städtische Armut als politisches Problem – das US-amerikanische Beispiel

Ein grenzüberschreitender Blick kann die vorangestellte These zu den städtischen Armen illustrieren und differenzieren helfen. Es handelt sich um einen Zeit- und Maßstabsprung, der aber aufgrund seiner Größenordnungen und seiner drastischen Ausprägung besonders deutlich macht, worum es geht (Leendertz 2022). In den USA begann Mitte der 1960er Jahre eine landesweite Diskussion über „Urban Crisis“, die vieles von dem vorwegnahm, was in Deutschland in den 1970er Jahren folgte. Vorangegangen war eine inneramerikanische Migration aus überwiegend ländlichen Gebieten. Sie wurde getragen von einer afro-amerikanischen Bevölkerung mit geringer Qualifikation und schlechter Ausbildung und erfolgte überwiegend in den Nordosten und die altindustriell geprägten Städte. Diese Wanderung hatte in den 1950er und 1960er Jahren Größenordnungen von rund 8 Millionen. Im Ergebnis war der Anteil afro-amerikanischer Menschen in Großstädten auf rund ein Viertel gewachsen, während der Anteil an der Gesamtbevölkerung bei rund 10,5 Prozent lag. Die bessergestellte weiße Bevölkerung verließ diese Städte in Richtung der Suburbs (Vororte). Der staatlich geförderte Highway-Ausbau und die staatliche Eigenheimförderung unterstützten den Prozess. Die Wanderung in und aus der Stadt erfolgte parallel zu einem Abbau von Industriearbeitsplätzen und Standortverlagerungen von Unternehmen. In den Städten, die am stärksten von Deindustrialisierung betroffen waren, folgten Aufstände, die zum Material

² In seiner berühmten Milieustudie „Die feinen Unterschiede“ (Frankfurt a. M. 1982) hat die Forschungsgruppe um Pierre Bourdieu das umfassend für Frankreich untersucht. Vgl. dazu den Vortrag an der Universität Todai in Japan im Oktober 1989. In: Bourdieu 1998, S. 13 ff.



für zahlreiche Kulturproduktionen geworden sind. In Detroit führten die fünf Tage dauernden Unruhen 1967 zu 43 Toten. Rund 1700 Geschäfte wurden geplündert, 7000 Beteiligte verhaftet (Leendertz 2022, S. 37). Die „riots“ waren nicht auf diese Stadt beschränkt. „Allein 1967 wurden 164 Vorfälle in 128 Städten gemeldet“ (Ibenda, S. 38).

Statt sich mit der Nord-Süd-Verschiebung der Wachstumsregionen und den Folgen der Deindustrialisierung zu befassen, wurde eine andere politische Diskussion geführt: Man redete über die Legitimität des politischen Aufbegehrens, die Rassendiskriminierung und eine angebliche „Armutskultur“ der Afroamerikaner.³ Die Verkehrs- und Städtebaupolitik der Eisenhower- und später der Johnson-Regierung waren eine Komponente der Entwicklung – sie waren jedoch nicht die „Ursache“. Die Politik folgte den Auto- und Eigenheimpräferenzen der weißen Wählermehrheiten. Die Highway-Programme der 1950er Jahre und die staatlich geförderte Suburbanisierung beschleunigten den Wegzug der wohlhabenderen Bevölkerungsteile aus den ärmer und unsicher werdenden Innenstädten. Kurz: Man schaute auf eine wirtschaftliche, verkehrs- und baupolitische Umstrukturierung, die in Form einer kultur- und ethnopolitischen Debatte geführt wurde.⁴ Am Ende mündete diese Diskussion in eine sicherheitspolitische Strategiedebatte, die bis heute andauert und von den waffenbegeisterten Falken gewonnen wurde.

„Ethnisierung“ der Konflikte

Das Ausmaß der blutigen Eskalation der Aufstände in Detroit ist glücklicherweise nicht mit den Krawallen in Berlin-Neukölln vergleichbar. Zwischen deutschen und US-amerikanischen Städten steht (noch) ein Mehr sozialstaatlicher Sicherheitsnetze und eine größere Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols. Trotzdem gibt es sowohl eine große Strukturähnlichkeit der Konfliktentstehung als auch eine ähnliche Struktur der darauffolgenden politischen Diskussion. Sie befasst sich aus der Perspektive der deutschen Mehrheitskultur auffällig intensiv mit den ethnischen Hintergründen der Konflikte, während die wirtschaftsstrukturellen und sozialen Probleme an den Rand geraten. Wenn die Debatte erst mal bei den ethnischen Hintergründen gelandet ist, kommt es zu einer schwer entwirrbaren Gemenge aus Vorurteilen, halbwissenschaftlichen Befunden und politischen Ordnungsrufen. Die Beschreibung des Phänomens ist sehr viel einfacher als seine Erklärung.

(a) Beginnen wir also mit der Beschreibung: Lehrer, Polizisten und in bestimmten Situationen auch Zivilpersonen stoßen

bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund oft auf ein widerspenstiges und aufsässiges Verhalten, das sich nicht nur bei den Berliner Silvesterkrawallen 2022/2023 entladen hat.⁵ Bei diesen und ähnlichen Vorfällen wurden Vertreter der Polizei ebenso wie Zivilpersonen mit respektloser Beschimpfung, sexuellen Übergriffen und physischer Gewalt oder „nur“ mit deren Androhung konfrontiert. Verharmlosung ist bei solchen Gelegenheiten ebenso unangebracht wie Alarmismus. Es gehört zu den zivilisatorischen Errungenschaften, dass Menschen in entwickelten Nationalstaaten gegen solche Übergriffe durch staatliche Organe geschützt werden. Sie müssen nicht mit Zurückschlagen, individueller Bewaffnung und Selbstjustiz antworten. Entsteht eine solche Konfliktsituation dennoch, dann spielt es für die Betroffenen keine Rolle, dass die Mehrheit der Migrant*innenbevölkerung dieses Verhalten missbilligt und auch junge Männer ohne Migrationshintergrund ein solch aufsässiges Verhalten an den Tag legen. Die sozialen „Ursachen“⁶ solcher Verhaltensweisen müssen thematisiert werden, aber in der Konfliktsituation geht es darum, Menschen und Menschenleben zu schützen.

(b) Beim Versuch einer realitätsgerechten „Erklärung“ betreten wir das dünne Eis einer Diskussion über akzeptable und nichtakzeptable Fremdheit. Was die Analyse so sperrig macht, ist die Tatsache, dass wir das bedrohliche Verhalten nicht oder nur sehr wenig durch Diskussion, schulische Erziehung, Bildung oder Strafandrohung beeinflussen können. Wir nennen es Gewissen und halten es für eine Sache der inneren Haltung. Stellen wir die Frage anders: Warum funktioniert die „Gewissensbildung“, die sich die wohlmeinende zivilisierte Mehrheit wünscht, in bestimmten Familien zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten nicht oder nur mangelhaft? Ein Teil der Antwort liegt nicht im Dunkel kultursoziologischer Erklärungen. Wenn die wirtschaftlichen und fiskalischen Voraussetzungen für eine schnelle Integration der Migranten in den Aufnahmeländern vorhanden sind, kann kulturelle Assimilation als eine Form der Integration vergleichsweise problemlos funktionieren. Ein Beispiel aus der jüngeren Geschichte Deutschlands, die Einbürgerung der Polen aus den abgetretenen Gebieten des Deutschen Reichs nach dem Zweiten Weltkrieg, fand im Ruhrgebiet vergleichsweise lautlos statt, denn sie fiel in eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs der Region. Im ungünstigen anderen Fall, wenn mit der wirtschaftlichen auch die Steuerbasis schrumpft, wachsen die Konflikte, und die Härte der Verteilungs- und Konkurrenzkämpfe nimmt zu. Der Zugang zu guter Arbeit und gutem Einkommen wird umkämpfter und zwar vor allem in den sozialen Klassen, die mit den Migranten um Jobs und Geld konkurrieren müssen. Integration ist jedoch nicht nur ein ökonomisches

3 „Die größeren strukturellen Entwicklungen der Suburbanisierung, Dezentralisierung und Nord-Süd-Verschiebung des Wirtschaftsgeschehens traten in der Debatte zunächst in den Hintergrund. Eine der Konfliktlinien bildete vielmehr die Frage, ob es sich um ein legitimes politisches Aufbegehren gegen soziale Missstände und Rassendiskriminierung handelte oder um bloße destruktive Gewaltausbrüche junger Männer“ (Leendertz 2022, S. 41).

4 ... und damit auch verfehlt wurde (Wimmer 2008, S. 57 ff.).

5 In Köln haben in der Silvesternacht 2015 Diebstähle und sexuelle Übergriffe auf Frauen ähnliche stadtweite Empörung ausgelöst wie in Berlin.

6 Es wäre im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung realitätsgerechter von „Funktionszusammenhängen“ statt von „Ursachen“ zu sprechen.



Problem, auch wenn der soziale Status in den reichen westlichen Staaten sehr eng mit der Höhe des Geldeinkommens verbunden ist – sehr viel mehr als in den Quellgebieten der Migration. Die Zuwanderung kann den Wettlauf um gute Verdienstquellen vergrößern und damit auch die Mentalitätsbarrieren. Strukturschwache Städte können zu Treibhäusern für eine Migrantenkultur werden, an deren Rändern die wirtschaftliche Not zur sozialen Tugend stilisiert wird. Im Inneren der zugewanderten Gemeinschaften gewährleisten „Ehrbegriffe“, die durch Familien- und Sippenkodex bestimmt sind, den Angehörigen die nötige Achtung und den verlangten Respekt. Regelverletzungen gegenüber dem Rest der Gesellschaft werden hingenommen. Auf diese Weise entstehen parallele Milieus, in denen halblegale bis kriminelle Einkommensbeschaffung einen wichtigen Platz haben. Der versperrte soziale Aufstiegsweg über gute Ausbildung und gute Arbeitsplätze wird bisweilen durch illegalen Gelderwerb ersetzt. Um Beispiele zu finden, muss man nicht über den Atlantik schauen. Im armen Süden Italiens (mezzogiorno) liefert die zurückgedrängte, verarmte Bevölkerung unter jungen Menschen eine breite soziale Basis für eine solche Parallelökonomie. Ihr Auffangbecken sind die zurückgedrängten, aber immer noch existierenden Clans der Mafia in einer ansonsten marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft. Zu dieser „symbolischen Ökonomie“⁷ gehören „vorkapitalistische“ Elemente, wie Treuepflicht gegenüber der Familie und Ehrbegriffe, die auf Zugehörigkeit, familiäre Fürsorge, Treue gegenüber der „Blutsgemeinschaft“ statt auf legale Arbeit, staatliche Hilfe und Gesetzestreue setzen. Auch in Deutschland, namentlich in Berlin, gibt es die Ansätze dieser Wirtschaftskultur.

Fazit: Ökonomische, soziale und kulturelle Marginalisierung sind miteinander verbunden. Der Zusammenhang ist allerdings komplexer, als es die Politik nahelegt. Die Anerkennung, die den Neankömmlingen in den neuen Milieus verwehrt wird, holen sie sich woanders. Wenn die etablierte Bevölkerung mit den Anpassungsprozessen der Zugewanderten ungnädig und ungeduldig umgeht, weiß sie wenig darüber, was es bedeutet, ein vertrautes und schützendes Milieu zugunsten einer „neuen Umgebung“ verlassen zu müssen. In der neuen Heimat gelten andere Regeln für den Erwerb von sozialer Anerkennung. Etablierte wie Außenseiter wollen diese Anerkennung haben. Dass die abstiegsbedrohten oder bereits abgehängten Gruppen im Gastland den Nöten der Migrantenvilieus wenig Verständnis entgegenbringen, ist nachvollziehbar (Hentschel/Hopfenmüller 2017, S. 174 ff.).

Die bisherigen Ausführungen enthalten wenig Aufmunternes für diejenigen, die dazu verurteilt sind, für die Stadtent-

wicklungspolitik praxistaugliche Wege zu finden. Vielleicht hilft der Hinweis auf ein zurückliegendes Berliner Projekt, das Mitte der 1980er Jahre unter der Überschrift Strategie der „behutsamen Stadterneuerung“ als planerischer Modellfall und Vorbild galt. Sein Kern war der Verzicht auf den Umbau der Sozialstruktur in Gebieten, die vorher als soziale Brennpunkte gesehen wurde. Die vorhandene Bevölkerung mit ihrem hohen Anteil an einkommensarmen türkischen Bewohnern, marginalisierten Altberlinern und (vorübergehend) einkommenschwachen Studenten sollten im Gebiet bleiben können. Gleichzeitig sollte die marode Bausubstanz so repariert werden, dass modernisierungsbedingter Wegzug zur Ausnahme werden konnte. Das ist teilweise gelungen. Nach dem Mauerfall scheiterte die Übertragung des Kreuzberger Modellfalls auf die Altbaugebiete des Berliner Ostens an einer veränderten politischen Konstellation, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs auf Privatisierung, Rückzug staatlicher Eingriffe und öffentlichen Sparkurs gestellt war.

Fazit: Das gut gemeinte und politisch gefährliche Ideal der sozialen Mischung

Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik können die ungebrochene und ungefilterte Übersetzung von Einkommensarmut und sozialer Ausgrenzung in miserables Wohnen eindämmen. Das ist sehr viel mehr als nichts. Wohnungspolitik beschleunigt die Marginalisierung dann, wenn sie sich zu sehr die Perspektive der oberen Mittelklassen mit ihren nachvollziehbaren Wünschen nach selbst genutztem Wohneigentum und Aufwertung ihrer eigenen Quartiere stützt. Vernachlässigte Elendsquartiere sich selbst zu überlassen, kann dann auch zu einem Sicherheitsproblem für die Etablierten werden. Bezahlbarer Wohnraum zu orts- und zeitüblichen Standards ist ein wichtiges Medium der sozialen Integration – auch dann, wenn man für die fiskalischen Belastungen einer sozialen Wohnungspolitik nicht unbedingt den Beifall der Mittelklassen bekommt, die ihre ganz eigenen Ansprüche und Forderungen haben.

Das Leitbild einer gesunden sozialen Mischung von Quartieren heißt in der politisch korrigierten Schreibweise von heute: „Vermeidung einseitiger Bewohnerstrukturen.“ Wie man es auch nennt, kann dieses Leitbild einen gewaltigen Schaden anrichten. Um das zu illustrieren, wollen wir erneut auf US-amerikanische Beispiele zugreifen, die Ariane Leendertz unter dem bezeichnenden Titel „Der erschöpfte Staat“ aufgearbeitet hat. In ihrer Arbeit schildert sie den Beitrag der US-amerikanischen Stadtentwicklungspolitik der 1960er Jahre zum Sieg des Neoliberalismus.⁸ „New York City stand exemplarisch für die städtische Fiskalkrise und symbolisierte aus der Sicht konservativer Kritiker alle Fehlentwicklungen des Great-Society-Liberalismus: eine starke Stellung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, eine

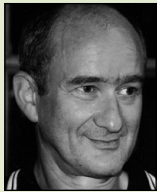
⁷ Der Begriff der symbolischen Ökonomie stammt von Pierre Bourdieu. Es handelt sich dabei um Sektoren, „die gerade nicht nach dem Gesetz jenes Interesses funktionieren, das als Streben nach (finanzieller) Profitmaximierung definiert ist“ (Bourdieu 2015, S. 162). Ehre, Respekt und ungeschriebene Rituale der wechselseitigen Ehrerbietung sind in dieser symbolischen Ökonomie entscheidende Determinanten.

⁸ Jane Jacobs hatte den „linken“ Urbanisten auch in Deutschland die literarische Vorlage geliefert: Jacobs 1961.



zunehmende Zahl an Sozialhilfeempfängern, eine „pathologische“ Sozialhilfekultur, hohe Kriminalität, eine aufgeblähte Bürokratie und eine Vormachtstellung linksliberaler Experten. Ronald Reagan, der sich zu dieser Zeit für seine erste Präsidentschaftskampagne warmlief, behauptete in seiner Zeitungskolumne: „Für eine große Zahl von Amerikanern in dieser neuen dezentralisierten Nation symbolisiert New York, was falsch läuft: zu mächtige Gewerkschaftsführer und Medien, ängstliche gewählte Beamte, wilde Ausgaben, Misswirtschaft, schmutzige Straßen, Pornografie und ein allgemeiner Niedergang der Zivilisation [Übersetzung AH].“⁹

Es ist bekannt, wie die Geschichte ausging: Reagan wurde in den USA Präsident, die „eiserne Lady“ Thatcher wurde Prime Minister in Großbritannien. Einer der populärsten US-amerikanischen Politiker war der republikanische Hardliner Rudy Giuliani, der spätere Bürgermeister von New York City. Er ging mit einer erheblich verstärkten Polizei im Rahmen seiner „zero-tolerance-policy“ – eine Nulltoleranzpolitik – drastisch gegen jeden noch so kleinen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, wie „aggressivem Betteln“, öffentlichem „Herumlungern“, Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit ... etc. vor. Rudy Giuliani und sein Polizeichef Bratton säuberten scheinbar erfolgreich Manhattans Straßen.¹⁰ Die Entdeckung politischer Ähnlichkeiten zu jüngeren Auseinandersetzungen in Berlin ist erwünscht.



Dr. Armin Hentschel

Institut Für Soziale Stadtentwicklung – IFSS,
Potsdam

Quellen:

Bourdieu, Pierre (1998): *Praktische Vernunft – zur Theorie des Handelns*, Frankfurt a. M. 1998.

Bourdieu, Pierre (2015): *Praktische Vernunft – zur Theorie des Handelns*, Frankfurt a. M.,

Hentschel, Armin/Hopfenmüller, Julius (2017): *Exkurs: Was bedeutet es weg zu gehen – zu einer relationalen Theorie der Migration*, in: *Der lokale Staat*, Marburg 2017, S. 174 ff.

Jacobs, Jane (1961): *The Death and Life of Great American Cities*, New York.

Leendertz, Ariane (2022): *Der erschöpfte Staat. Eine andere Geschichte des Neoliberalismus*, Hamburg.

Raphael, Lutz (1998): *Experten im Sozialstaat*, in: Hockerts, Günter: *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit*, München, S. 231.

⁹ „To large numbers of Americans across this new decentralized nation, New York symbolizes what’s wrong: too powerful union leaders and news media, timid elected officials, wild spending, mismanagement, dirty streets, pornography and a general decline in civility“ [zitiert nach Leendertz 2022, S. 177].

¹⁰ Diese Politik war allerdings nur vordergründig sehr erfolgreich. „Vergleichsstudien zeigten jedoch, dass es nicht nur in New York einen drastischen Kriminalitätsrückgang gab. Sowohl auf Ebene verschiedener US-Bundesstaaten, als auch im Vergleich von US-Großstädten sanken Kriminalitätsraten seit den frühen 1990er Jahren um mehr als die Hälfte. Eine Nulltoleranzstrategie hatte hierbei – wenn überhaupt – nur einen kleinen Einfluss“, <https://de.wikipedia.org/wiki/Nulltoleranzstrategie>.

Wimmer, Andreas (2008): *Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft: Jenseits des Herderschen Commonsense*. In: *Migration und Integration*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 48/2008, S. 57 ff.



Ordentliche Mitgliederversammlung des vhw-Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. 2023

Der Verbandsrat hat die ordentliche Mitgliederversammlung des vhw e. V. auf Donnerstag, den 19. Oktober 2023, 10:00 Uhr, festgelegt.

Ort: Ehemaliges Kino Kosmos, Karl-Marx-Allee 131a, 10243 Berlin

TAGESORDNUNG:

1. Bericht des Vorstands
2. Bericht des Verbandsrats
3. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses
4. Feststellung des vom Vorstand und vom Verbandsrat aufgestellten Jahresabschlusses 2022
5. Entlastung des Verbandsrats für das Geschäftsjahr 2022
6. Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2022
7. Bericht des Vorstands über den Arbeits- und Wirtschaftsplan 2023
8. Satzungsänderung im Rahmen der Strukturreform 2023 (Vorschlag des Verbandsrats)
9. Vorstandswahlen (Doppelspitze), gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 3 der Satzung
10. Anträge an die Mitgliederversammlung
11. Verschiedenes

Der Tätigkeitsbericht 2. Halbjahr 2022/1. Halbjahr 2023 liegt, wie gewohnt, zur Mitgliederversammlung vor.

Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender

Prof. Dr. Jürgen Aring, Vorstand

Zur Wahrnehmung des Stimmrechts auf der Mitgliederversammlung wird auf § 9 Abs. 2 und Abs. 3 der Satzung verwiesen. Anträge an die Mitgliederversammlung müssen gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung, am **21. September 2023**, beim Verbandsrat (vhw-Bundesgeschäftsstelle, Fritschestraße 27-28, 10585 Berlin) eingegangen sein.